

Fraktionserklärung der SP an der Gemeinderatssitzung vom 4. September zur Situation des städtischen Personals

Geschätzte Anwesende

Im Namen der SP-Fraktion möchte ich unsere Unterstützung für die Forderungen und Anliegen des Personals der Stadtverwaltung äussern. Bereits im Mai wurde die Petition des Personals, unterzeichnet von rund 70% der Mitarbeiter:innen der Stadt Dübendorf, dem Stadtrat und Gemeinderat überreicht.

Danach geschah seitens Stadtrat lange nichts. Die Lösungen, wenn man sie denn so nennen kann, die schliesslich präsentiert wurden sind ganz ehrlich gesagt beschämend. Die Situation ist ernst. Obwohl unsere Stadt immer mehr unbesetzte Stellen hat, das Personal überlastet und das Arbeitsklima aufgrund der nachvollziehbaren Unzufriedenheit schlecht ist, sieht der Stadtrat offenbar keinen grundlegenden Handlungsbedarf.

Doch nicht nur der Stadtrat steht in der Pflicht, sondern auch wir als Mitglieder des Gemeinderats haben es in der Hand, aktiv zu werden und uns für die Anliegen des Stadtpersonals einzusetzen. Die Angestellten der Stadt Dübendorf haben wiederholt deutlich kommuniziert, was die Probleme und ihre Anliegen sind – und ihre Forderungen sind absolut legitim. Von 162 Zürcher Gemeinden haben 150 Gemeinden den vollen 3.5 % Teuerungsausgleich gewährt – nicht so Dübendorf. Ein Teuerungsausgleich ist keine Lohnerhöhung, sondern soll schlicht gewährleisten, dass die Kaufkraft nach dem Teuerungsanstieg erhalten bleibt. Teuerungsausgleich und individuelle Lohnerhöhungen sind zwei völlig verschiedene Komponenten, die nicht vermischt werden sollen. Doch genau das macht der Mechanismus des Stadtrates zur Lohnquotenentwicklung. Es ist intransparent und ungerecht.

Wir unterstützen die Forderung des Personals nach einem bedingungslosen Teuerungsausgleich von 3.5 %, rückwirkend auf den 1. Juli 2023, für alle Mitarbeiter:innen. Für die folgenden Jahre soll künftig jeweils der Teuerungsausgleich gemäss Landesindex der Konsumentenpreise gewährt werden, an dem sich jeweils auch der Entscheid des Regierungsrates des

Kantons Zürich orientiert.

Auch die Intransparenz sowie die fehlenden Mitwirkungsgefässe des Personals stellen ein Probleme dar, welche umfassend angegangen werden müssen. Ich habe es an der letzten Gemeinderatssitzung bereits gesagt: Wertschätzung des Personals bedeutet Taten, statt nur leere Worte.

Die SP-Fraktion wird sich weiterhin für die Anliegen und Forderungen der Mitarbeiter:innen der Stadt einsetzen und diese im Hinblick auf die Revision der Anstellungs- und Besoldungsverordnung, wie auch im Hinblick auf die Budgetdebatten berücksichtigen – ich fordere die Kolleg:innen des Gemeinderats dazu auf, das uns gleich zu tun.

Leandra Columberg, SP